

Pulsniker Tageblatt

Fernsprecher 18. Tel.-Nr.: Tageblatt Pulsnik
Kontokonto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Wochenblatt
Bank-Konten: Pulsniker Bank, Pulsnik und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnik

— — — **Erscheint an jedem Werktag** — — —
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieger
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Entschädigung
des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 42 mm breite Pettizelle (Moffe's Zeilenmesser 14)
RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Kamenz RM 0.20. Amtliche Zeile RM 0.75
und RM 0.60. Reklame RM 0.60. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei
zwangsweiser Entziehung der Anzeigengebühren durch Lage oder in Konkursfällen
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Kreisnachschlag in Anrechnung.
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Kamenz, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnik
sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortshäfen des Pulsniker Amtsgerichtsbezirks: Pulsnik, Pulsnik M. S., Großbrösendorf, Brettnig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und
Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Richtenberg, Klein-Dittmannsdorf
Geschäftsstelle: Pulsnik, Albertstraße Nr. 2
Druck und Verlag von E. A. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)
Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnik

Nummer 72

Freitag, den 26. März 1926

78. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Auf Blatt 354 des Handelsregisters, die Firma **A. A. Schölzel Nachf. in
Brettnig** betreffend, ist heute eingetragen worden:
Die Firma ist erloschen.

Amtsgericht Pulsnik, am 18. März 1926.

haben im **Anzeigen Pulsniker Tageblatt großen Erfolg!**

Das Wichtigste

Die Morgenblätter melden aus Newyork: An der Newyorker
Börse erreichten gestern die französischen Schatzscheine ihren
tiefsten Stand in diesem Jahre.
Wie die Morgenblätter aus Paris melden, hat die Kammer
am Donnerstag nachmittags nach längeren Beratungen das
Budget für 1926 mit 415 gegen 128 Stimmen angenom-
men. Die Sozialisten und die Kommunisten haben dage-
gen gestimmt.
Im Kreise Slutz (Rußland) wurden durch ein Feuer, das
auf mehreren Dörfern umgriff, etwa 80 Bauernhöfe ver-
nichtet. 90 Menschen und eine große Menge Vieh sind
dabei ums Leben gekommen. Maßnahmen zur Unterstützung
der betroffenen Bauernfamilien sind eingeleitet worden.
Der Gesamtschaden wird auf eine halbe Million Rubel
geschätzt.
Im Steuerauschuß des Reichstages wurden die Bemühun-
gen, eine Einigung zwischen den Forderungen der Deutsch-
nationalen und denen der Sozialdemokraten zu erzielen,
fortgesetzt.
Für das Volksbegehren sind über 12 1/2 Millionen Stimmen
abgegeben worden.
In Paris verlautet, daß Briand wieder gestürzt werden soll.
Wie „Daily Telegraph“ aus zuverlässiger Quelle meldet,
hat Jugoslawien 500 000 Manufakturen bei englischen
Firmen mit beschleunigter Lieferfrist bestellt.
Die Zahl der um Unterstützung eingekommenen Altersrentner,
die durch die Inflation und Anleiheentwertung verarmt
sind, hat sich in Groß-Berlin in den letzten 2 Monaten
verdoppelt.
Aus Mexiko-City meldet der „Vokalzeiger“, daß Angestellte
der mexikanischen Staatsbahn von eingeborenen Räu-
bern überfallen wurden. Ein amerikanischer Beamter wurde
zu Tode gesteinigt, andere sind schrecklich mißhandelt worden.
Der „Herald“ meldet aus Rio de Janeiro: Im Auswär-
tigen Senatsauschuß teilte der Ministerpräsident mit, daß
Brasilien der Herbsttagung des Völkerverbundes durchreisende
Reformpläne vorlegen wird, über die Verhandlungen be-
reits schweben.

Vertliche und sächsische Angelegenheiten.

Pulsnik. (Auswertung von alten Reichs-
banknoten.) Der Reichsbankgläubiger Verband veranstaltete
am Donnerstag abend in Menzels Gasthof einen stark besuchten
Ausführungsbericht. Der Referent wandte sich zu Beginn
seiner Ausführungen gegen die grundrührige Meinung, die Reichs-
bank sei eine öffentliche staatliche Einrichtung und somit unan-
taflichbar. Die Reichsbank ist zum Ersatz der einzelnen staatlichen
Notenbanken im Jahre 1874 als Zentralinstitut für Deutschland
gegründet worden. Nach Abfinden des Preussischen Staates
wurde die Bank eine rein private Aktiengesellschaft. Sie hat
also für ihre Handlungen voll einzustehen. Im Falle der
Zahlungsunfähigkeit hat sie ohne weiteres ihren Konkurs zu
erklären. Das Gesetz vom 4. August 1914, nach welchem die
Reichsbank von der Einlösungspflicht der Obligationen befreit
wurde, war eine reine Kriegsmäßigkeit. — Da die Reichs-
banknoten keine verzinslichen Obligationen darstellen, fallen sie
nicht unter die aufwertungspflichtigen Beträge. Zu fordern ist
eine vollständige Einlösung aller bis zum 16. Februar 1919
ausgegebenen Scheine. Die Zahlungsfähigkeit der Reichsbank
stehe ohne Zweifel. Nach eigenen Angaben verfüge sie über
18 Milliarden Goldmark. Als stille Reserven werden 800
Millionen Mark Gebäudewert genannt. In Wahrheit sollen
diese nicht weniger als 4,75 Milliarden betragen. Die Forde-
rungen der Reichsbankgläubiger werden auf 1,4 Milliarden ge-
schätzt. Eine neue Inflation ist also keinesfalls zu befürchten,
selbst wenn alle Gläubiger voll befriedigt werden. — Die Hand-
lungswelt der Reichsbank schlage jedem Handelsbrauch und
jeder Moral ins Gesicht. Im Herbst 1924 wurden den Aktio-
nären — größtenteils Juden — für je 1000 Mark 500 Mark
Rückgekauft. Dies bedeutet eine 50 prozentige Aufwertung der
Aktien, während die Gläubiger leer ausgingen. Das Handels-
gesetz fordert: Der Aktionär kommt nach dem Gläubiger! —

Auf der Suche nach dem Steuerkompromiß

Der wirtschaftspolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates gegen Wiedereinführung der
Sommerzeit — Chamberlain Ehrenbürger der City von London — Rückgang der Erwerbs-
losigkeit um 5 % — Friedensmiete bis April 1927 verschoben — Das neue Steuerkompromiß

Die Forderungen der Deutschnationalen und der Sozialdemokraten

† Berlin. Im Steuerauschuß des Reichs-
tags wurde die allgemeine Aussprache über das Steuer-
kompromiß fortgesetzt.

Der Sozialdemokrat Hilferding bedauerte es, daß
die Regierung ihr ursprüngliches Programm verlassse. Hilfer-
ding trat auch für die

Herabsetzung der Umsatzsteuer

ein, bekämpfte die Biersteuererhebung und meinte, es sei den
Winzern besser gehalten, wenn ihnen der ganze Ertrag der
von deutschen Weinen erhobenen Steuern zufließe. Die
Sozialdemokratie behielt sich in der Einzel-
beratung Änderungsanträge vor.

Reichsfinanzminister Dr. Reinhold erwiderte, er
habe im Finanzausschuß seine Meinung mit den Argumenten
Dr. Hilferdings zum Ausdruck gebracht. Leider sei es nicht
gelungen, die Fraktionskollegen Hilferdings zu seiner Mei-
nung zu bekehren. Er werde alles tun, um die Um-
satzsteuer noch weiter zu senken. Der deutschnationale
Abgeordnete Dr. Siller forderte die allgemeine

Herabsetzung der Hauszinssteuer auf 20 Prozent.

Es blieben den Ländern dafür nur 250 Millionen als Aus-
gleich, die ihnen vom Reich gegeben werden, die durch die
neuerliche Erfassung des unverdienten Wertzuwachses aufge-
bracht werden könnten.

Ein Regierungsvertreter hielt die Besteuerung
des unverdienten Wertzuwachses im Augenblick nicht für
möglich, da die Grundbücher noch nicht bereinigt seien. Der
Zentrumsabgeordnete Dr. Brüning schloß sich den Be-
denken des Regierungsvertreters an, und der Sozialdemokrat
Reil suchte nachzuweisen, daß bei der Durchführung der
deutschnationalen Vorschläge einem Ausfall von 2 Milliarden
nur eine Deckung von 250 bis 300 Millionen gegenüberstehen
würde. Abgeordneter Hergt erwiderte, die Anträge seien
als Mittel gedacht, die Steuerermilderung in das von den
Deutschnationalen gewünschte System zu bringen. Er for-
derte den Finanzminister auf, sich über die finanzielle Aus-
wirkung der beantragten Senkung der Hauszinssteuer zu
äußern.

Reichsfinanzminister Dr. Reinhold äußerte sich, bei einer
Schätzung von 5 Milliarden Mark Miete würde der Aus-
fall 800 bis 1200 Millionen betragen. Der An-
trag würde die Finanzen der Länder grundlegend erschüttern.
Die Länder müßten 20 Prozent der Friedensmiete nach dem
Finanzausgleich als Hauszinssteuer erheben und können bis
30 Prozent gehen.

Nachdem der deutschnationale Abgeordnete Dr. Freyer
betont hatte, die Deutschnationalen seien bereit,
auf eine Senkung der Umsatzsteuer zu ver-
zichten, wenn dafür eine wirksame Senkung der Haus-
zinssteuer eintrete, wurde die Generaldebatte geschlossen.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen
Volkspartei hat zur ländlichen Siedlung eine Inter-
pellation eingebracht, in der die Reichsregierung gefragt wird,
ob sie bereit sei, das ins Stocken geratene Siedlungswerk als-
bald durch Zuführung von Reichsmitteln wieder flott zu
machen, um den verdrängten Ostmärkern, Bauern-
söhnen und aufstrebenden Landarbeitern, durch Ansiedlung
das Verbleiben in der Heimat möglich zu machen und die

national bedenkliche Entvölkerung der Grenz-
mark abzuwenden.

Die Mittelstandskredite im Haushaltsauschuß des Reichstags.

† Berlin. Der Haushaltsauschuß des Reichstags bezieht
einen Antrag Mollath (Wirtsch. Bg.) auf Kredit-
gewährungen an den gewerblichen Mittelstand
in Höhe von 150 Millionen Mark. Vorher erklärte der Reichs-
kommissar für das Handwerk, Dr. Hoppe, daß die Reichs-
regierung den Entwurf eines Scharfkittengesetzes so weit
fertiggestellt habe, daß er in den nächsten Tagen dem Kabinett
vorgelegt werden könne. Selbstverständlich sei in dem Ent-
wurf zu den Fragen Stellung zu nehmen, die mit dem Be-
griff des Gemeindebestimmungsrechtes zusammenhängen.

Der Ausschuß beschloß,

die Frage des Gemeindebestimmungsrechtes

am Tage des Zusammentritts des Plenums nach der Oster-
pause zu behandeln. Zur Begründung seines Antrages führte
dann der Abgeordnete Mollath Beispiele für die Not
des gewerblichen Mittelstandes an. Reichskom-
missar Dr. Hoppe teilte mit, daß nicht bloß 30, sondern
40 Millionen Mark für Mittelstandskredite zur Verfügung
gestellt worden seien. Langfristige Kredite seien natürlich
wünschenswerter, aber diese Frage sei auch für die übrigen
Wirtschaftskreise noch nicht gelöst.

Die Behandlung der Fragen bezüglich der Auf-
hebung der Weinsteuer und

die Frage der Notstandskredite

wurden vom Haushaltsauschuß zunächst zurückgestellt. Da-
gegen bestätigte der Haushaltsauschuß einstimmig den Be-
schluß des 28. Ausschusses, daß die im Jahre 1925 gewährten
Kredite den Winzern zu den bisherigen Bedingungen bis
zum 30. September 1928 zu belassen seien. Hierauf vertagte
sich der Ausschuß auf Freitag.

Die Wiederankurbelung der deutschen Wirtschaft.

Aus dem wirtschaftspolitischen Ausschuß
des Reichswirtschaftsrates.

† Berlin. Der wirtschaftspolitische Aus-
schuß des Reichswirtschaftsrates nahm zu einem
Schreiben des Reichsinnenministers Stellung, in dem der
Reichswirtschaftsrat um ein Gutachten darüber erjudt wird,
ob sich die Wiedereinführung der sogenannten Sommer-
zeit in Deutschland empfiehlt. Nach eingehender Aussprache
beschloß der Ausschuß, sich gegen die Wiedereinfüh-
rung der Sommerzeit auszusprechen.

Weiter beschäftigte sich der Ausschuß mit dem von seinem
Unterausschuß zur Beratung des Gesetzentwurfes zur För-
derung des Preisabbaues vorgeschlagenen Gutachten. Der
Ausschuß empfahl, die auf dem Gebiete des Sub-
missionswesens und der Ringbildung zu-
tage getretenen Mißstände durch eine Aus-
gabe der Kartellverordnung zu bekämpfen.
In einer Entschließung drückte der Ausschuß den Wunsch
aus, eine Aenderung der Ausführungsbestimmungen zum
Gesetz über die Regelung der Kohlenwirtschaft
herbeizuführen.

In einer weiteren Entschließung wird darauf hinge-
wiesen, daß es nicht nur Sache der Produktionskräfte der

